
Kleinwaffen-Newsletter

Informationen des Deutschen Aktionsnetzes Kleinwaffen Stoppen – Ausgabe 10/07

1. Vereinte Nationen: Expertengruppe zu „Arms Trade Treaty“ wird konkret

von Robert Lindner (Oxfam Deutschland e.V.)

Im Dezember jährt sich die UN-Resolution „Towards an Arms Trade Treaty“ (Nr. 61/89). Eine große Mehrheit der UN-Generalversammlung stimmte im vergangenen Jahr dafür, eine Expertengruppe aus Regierungsvertretern einzurichten, die 2008 die Grundzüge eines künftigen Übereinkommens zur Kontrolle des Handels mit konventionellen Rüstungsgütern erarbeiten soll. In der Resolution wurden zudem alle UN-Mitgliedstaaten aufgefordert, ihre Vorstellungen zu Machbarkeit, Geltungsbereich und Eckdaten eines sogenannten „Arms Trade Treaty“ (ATT) an den UN-Generalsekretär zu übermitteln.

Weit über 90 Staaten – rund die Hälfte aller Mitgliedsstaaten – sind der Aufforderung bisher gefolgt. Diese hohe Quote ist bei vergleichbaren UN-Prozessen ohne Beispiel. Unter den Absendern befinden sich – mit Ausnahme der USA – die größten Produzenten und Exporteure konventioneller Rüstungsgüter sowie zahlreiche Länder, die besonders stark unter unverantwortlichem Waffenhandel leiden. Ungeachtet aller inhaltlicher Differenzen zeigt allein die große Beteiligung, dass das Problem der internationalen Transferkontrollen inzwischen fest auf der internationalen Tagesordnung verankert ist. Die Stellungnahmen sind im Internet abrufbar unter: http://disarmament.un.org/cab/ATT/Views_Member_States.html

Eine weitere spannende Frage ist, welche Staaten in der rund 28 Mitglieder umfassenden ATT-Expertengruppe vertreten sein werden und wer den Vorsitz führen wird. Es ist zu erwarten, dass diese Festlegungen bis zum diesjährigen Ersten Ausschuss (Abrüstung und internationale

Sicherheit) der UN-Generalversammlung in New York (ab 8. Oktober) erfolgen werden.

Sicht der Regierungen und der Zivilgesellschaft

Amnesty International, IANSA und Oxfam haben gemeinsam mit weiteren internationalen Nichtregierungsorganisationen (NRO) die verfügbaren Regierungsantworten ausgewertet und werden die Ergebnisse am Rand des Ersten Ausschusses veröffentlichen. Eine kurze Zusammenfassung vorab: Die große Mehrheit der Regierungen, die sich an der UN-Umfrage beteiligt haben, tritt für die Schaffung eines umfassenden, rechtlich verbindlichen Instrumentes ein, das globale Standards für Transfers konventioneller Rüstungsgüter setzen soll. Zahlreiche Regierungen halten ein entsprechendes Waffenhandelsabkommen für erreichbar. Eine skeptische Minderheit plädiert stattdessen für die Umsetzung bestehender Instrumente, etwa des UN-Kleinwaffenaktionsprogramms.

Unterschiedliche Auffassungen herrschen zu einzelnen Fragen zum Geltungsbereich (z.B. Definition der genehmigungspflichtigen Güter, Einbeziehung auch von Munition und Dual-use-Gütern), zu Genehmigungskriterien bzw. Ablehnungsgründen für beantragte Rüstungstransfers (siehe letzter Absatz), zu verschiedenen technischen Aspekten (z.B. Regelungen zu Endverwendungsnachweisen, Kontrolle von Re-Exporten), zu Transparenz (z.B. nationale Exportberichte, internationales Register) und zur Überwachung der Einhaltung. Die ausführliche Auswertung kann voraussichtlich ab Mitte Oktober unter <http://www.controlarms.org> heruntergeladen werden. UNIDIR (Institut der

Vereinten Nationen für Abrüstungsforschung) hat für Oktober eine eigene Auswertung der Regierungsmeinungen angekündigt.

Schließlich werden Amnesty International, IANSA und Oxfam in New York im Rahmen ihrer Kampagne „Waffen unter Kontrolle!“ („Control Arms“) die UN-Delegierten öffentlich mit den Ergebnissen ihrer Aktion „Peoples Consultation“ konfrontieren. Bürgerinnen und Bürger in über 40 Ländern haben dabei in diesem Jahr in lokalen Diskussionsforen eigene Vorschläge zum Thema Waffenhandelskontrollen entwickelt.

„Goldene Regel“ für Transferkontrollen

Die UN-Expertengruppe zum ATT soll das Ergebnis ihrer Arbeit Ende 2008 der UN-Generalversammlung vorlegen. Die Staatengemeinschaft kann auf dieser Grundlage weitere Verhandlungen zu einem weltweiten Waffen-

handelsabkommen beschließen. Wichtigster Prüfstein dafür ist aus NRO-Sicht die Verankerung eines umfassenden und verbindlichen Kriterienkatalogs für die Genehmigung von Rüstungstransfers auf völkerrechtlicher Grundlage. Dabei lautet eine „goldene Regel“: Beantragte Rüstungstransfers sind abzulehnen, wenn diese zu Menschenrechtsverletzungen, Brüchen des humanitären Völkerrechts oder Störungen der nachhaltigen Entwicklung führen würden. Amnesty international, IANSA und Oxfam haben zusammen mit elf weiteren internationalen Nichtregierungsorganisationen eine ausführliche Darlegung dieser Prinzipien herausgegeben. Download in englischer Sprache unter:

<http://www.controlarms.org/documents/060809GlobalPrinciplesFINAL.pdf>

2. Schweizer Volksinitiative für ein Verbot von Kriegsmaterial erreicht ihr Ziel

Einen Erfolg konnte die Friedensbewegung in der Schweiz erzielen, die sich für ein Verbot aller Waffenexporte einsetzt. Am 21. September wurden in Bern 109.000 Unterschriften eingereicht, die sich gegen solche Exporte aussprechen. Damit ist es den Organisatoren gelungen, das Quorum zu erfüllen, das nötig ist, um eine bundesweite Volksabstimmung über diesen Gesetzesentwurf abzuhalten.

Bereits 1992 und 1997 gab es vergleichbare Pläne, die sich in der inhaltlichen Ausrichtung jedoch vom gegenwärtigen Vorhaben unterscheiden. So ist diesmal geplant, nicht nur ein Verbot aller Rüstungsexporte und ein Verbot von Transitgeschäften durch die Schweiz in der Verfassung festzuschreiben, sondern gleichzeitig sollen umfangreiche Konversionsprogramme begonnen werden, die der betroffenen Industrie über einen Zeitraum von 10 Jahren hinweg Finanzhilfen gewährt.

Sollte die Initiative Erfolg haben, hätte dies nicht nur eine wichtige Signalwirkung auf die Länder der Europäischen Union ihre Exportvorschriften ebenfalls zu überprüfen, sondern auch nachhaltige Konsequenzen auf die Versorgungslage der von Schweizer Unternehmen belieferten NATO-Armeen. Insbesondere in der Versorgung mit Kleinwaffenmunition ist das Schweizer Unternehmen RUAG Ammotec (vgl. Newsletter 5/2007) ein Global Player, dessen Ausfall nur zu begrüßen wäre.

So ist nun zu hoffen, dass auch der am 4.9.2007 begonnenen Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative zur Überarbeitung des Schweizer Waffengesetzes ein ähnlicher Erfolg beschieden ist. Die Initiatoren haben Zeit bis zum 4.3.2009, die nötigen 100.000 Unterschriften zu sammeln, damit auch über diese Initiative eine Volksabstimmung abgehalten wird.

3. Waldkircher Erklärung

Die Anfang August erarbeitete „Waldkircher Erklärung zum Rüstungsexport“ schlägt weiterhin Wellen. Denn es werden nicht nur bei der Internet Suchmaschine „Google“ unter diesem Stichwort zwischenzeitlich 27.900 Treffer gefunden, sondern auch das Interesse der

Öffentlichkeit scheint nicht abzubrechen. Inzwischen (Stand: 30. September 2007) haben schon rund 1000 Personen die Erklärung unterstützt. Auf Grund dieses hohen Interesse wurde die Frist, in der eine Unterzeichnung der Erklärung möglich ist, nun verlängert.

Interessierte können noch bis 31.12.2007 über die Website der SPD-Ortsgruppe Waldkirch auf: <http://www.spd->

[waldkirch.de/index.php?mod=formular&menu=1300&page_id=215](http://www.waldkirch.de/index.php?mod=formular&menu=1300&page_id=215) ihre Unterschrift leisten.

4. Neue Literatur

Fotofestival mit Arbeiten über Mafiagewalt

Das 2. Fotofestival der Metropolregion Rhein-Neckar (siehe: <http://www.fotofestival-ma-lu-hd.de/de/>) bietet Einblicke ins „wahre Leben“ (so das Ausstellungsmotto). Bedauerlicher Weise gehört dazu auch die Dimension der Gewalt, wie sie insbesondere in den Arbeiten der diesjährigen Dr.-Erich-Salomon-Preisträgerin Letizia Battaglia dokumentiert wird. Das Ernst-Bloch-Zentrum in Ludwigshafen zeigt vom 29.9. bis 21.10.2007 rund 50 ihrer Arbeiten, die sich mit dem Thema „Mafia“ beschäftigen.

Die Süddeutsche Zeitung berichtete bereits über diese Ausstellung und bietet auf ihrer Website (<http://www.sueddeutsche.de/ra4m5/kultur/bildstrecke/372/135112/p0/?img=0.0>) eine kurze Fotostrecke der gezeigten Arbeiten.

Zeit-„Kursbuch“ über „Kampfmaschinen“

Das seit 2005 im Zeit-Verlag erscheinende „Kursbuch“ widmet sich in seiner aktuellen Ausgabe (Nr.167 /2007) dem Thema „Kampfmaschinen“. So martialisch der Titel wirkt, so irritierend ist die darin erschienene Fotostrecke (S.74-81) „German Guns“.

Nicht deutsche Waffen, sondern Deutsche mit Waffen werden von Frank Rothe in den Blick genommen. Er zeigt damit, wie sehr Waffen Menschen verändern können. – Und das nicht nur, wenn es sich um Amerikaner handelt.

Die Bilder des Projekts „German Guns“ können auch auf der Website des Künstlers eingesehen werden. Siehe:

http://www.frankrothe.de/frank_content.html

„Small Arms Survey 2007: Guns and the City“ erschienen

Auch der diesjährige „Small Arms Survey 2007: Guns and the City“ enthält eine Fotostrecke. Gestaltet hat sie der vor allem mit seinen Dokumentationen des Kriegsalltags von US-Marine-Infanteristen im Irak bekannt gewordene Kriegs-

reporter Lucian Read (siehe:

<http://www.lucianread.com/indexpages/lion.htm>).

Daneben werden von verschiedenen Autoren in gewohnt fundierter Weise die Zusammenhänge zwischen Kleinwaffenproduktion, Waffenhandel und Gewalt analysiert (schwerpunktmäßig in Kapitel 3; Kapitel 8). Mit im Blick ist dabei die Frage, welche Möglichkeiten es gibt, die weltweiten Handelsströme gerade von kleinen und leichten Waffen zu kontrollieren (Kapitel 4).

Der titelgebende Schwerpunkt des Jahresberichtes liegt diesmal auf dem Phänomen von Gewalt in Städten – und dem Einfluss, den das Vorhandensein von Kleinwaffen darauf hat (Kapitel 5). Grundlage dafür bieten Fallstudien aus Burundi (Kapitel 6) und Brasilien (Kapitel 7).

In diesem Kontext werden auch zwei Themen berücksichtigt, die in Forschung und Bewegung bisher eher stiefmütterlich behandelt wurden. So untersucht das 9. Kapitel den Weg von Kleinwaffen-Munition aus legalen Beständen in die Illegalität an Hand der Situation in Uganda und Brasilien. Es ist zu hoffen, dass auch diesem Thema bald ähnliche Aufmerksamkeit zu Teil wird, wie der im 2. Kapitel dokumentierten Untersuchung über den weltweiten Umfang des Kleinwaffenbesitz im Besitz von Zivilpersonen. Insbesondere in der Schweiz, der Heimat des Small Arms Survey, sorgten die publizierten Zahlen bereits für einige Diskussion, da die Schätzung, dass in der Schweiz insgesamt zwischen 2,3 - 4,5 Millionen Schusswaffen in Umlauf seien, dann doch geeignet war, Besorgnis zu erregen (vgl. den Bericht „Kleinwaffen: Fehlende Transparenz“ auf SwissInfo: <http://www.swissinfo.org/ger/swissinfo.html?siteSect=105&sid=8148784>).

Ähnlich wie in der Schweiz ist das Erheben von statistischen Material über Kleinwaffenbesitz auch in Deutschland sehr schwierig. Die geschätzte Gesamtzahl von 20-30 Millionen Kleinwaffen in Deutschland (was bedeutet, dass genügend Waffen in Umlauf sind, um 24% bis 36% aller Bundesbürger zu bewaffnen) sollte jedoch eigentlich geeignet sein, auch in der Bundes-

republik ein Nachdenken über zivilen Waffenbesitz anzuregen.

Weitere Daten über den weltweiten Waffenbesitz von Zivilpersonen sind über die Website des Small Arms Survey zu erhalten:

<http://www.smallarmssurvey.org/>

Der „Small Arms Survey 2007“ ist (leider immer noch) nur auf Englisch erhältlich und kann über

den Buchhandel bezogen werden. (ISBN: 978-0-521-70654-4) Eine zweiseitige Zusammenfassung auf deutsch ist unter folgender Internet-Adresse zu finden:

http://www.smallarmssurvey.org/files/sas/publications/year_b_pdf/2007/2007SAS_German_press_kit/2007SAS_cover%20sheet_ger.pdf

5. Neues Scharfschützengewehr für die US-Armee

In der US-Armee ist die Entscheidung für die Einführung eines neuen Scharfschützengewehrs gefallen. Das neue, halbautomatische System im Kaliber 7,62 NATO mit der internen Bezeichnung M110 SASS (Semi-Automatic Sniper System) soll das bisher verwendete M24 vollständig ablösen.

Entsprechend dem modularen Ansatz, der im Bereich der Kleinwaffenentwicklung in den letzten Jahren sehr verbreitet geworden ist, soll die Konstruktion auf dem System des AR-10 (einer Version des M16-Sturmgewehrs im Kaliber 7,62 NATO) basieren. Rund 50% der Teile sind identisch mit solchen aus dem M16.

Entwickelt wurde die neue Waffe von Knight's Armament Company, einer US-Firma, die vor allem im Behördenmarkt aktiv ist. Wie viele M110 SASS beschafft werden, sollen ist noch unbekannt.

Einzelne Testexemplare befinden sich jedoch bereits seit Mai 2007 in Afghanistan und im Irak im Einsatz.

Es bleibt abzuwarten, ob nach dieser Entscheidung nun auch Bewegung in das Projekt zur Beschaffung eines Nachfolgers für das M16-Sturmgewehr kommt, an dem sich unter anderem Heckler & Koch mit einem Modellentwurf beteiligt hat.

6. Munitionsrubrik: Weltmeister aus Schweden – die Nammo Group

Skandinavien genießt noch immer einen legendären Ruf – etwa, was die Leistungsfähigkeit seines Sozialsystems anbelangt. Aber so wenig die Verwerfungen der Globalisierung vor dem Sozialstaat halt gemacht haben, so wenig ließen sie die Struktur der heimischen Industrie unberührt. Der Wandel der Firma Nokia von einem Gummistiefel-Produzenten zu einem Hightech-Unternehmen ist ein viel zitiertes Beispiel. Nicht weniger tiefgreifend war jedoch der Wandel, den – weitgehend unbemerkt – die skandinavische Rüstungsindustrie in den vergangenen Jahren durchlebt hat.

Beispielhaft steht dafür die Entwicklung in der Munitionsindustrie. Begonnen hatte alles 1998, als Finnland, Schweden und Norwegen übereinkamen, die Munitionssparten ihrer bisher unter einzelstaatlich-nationaler Kontrolle agierenden Rüstungsunternehmen Patria Industries Oyj, Celsius AB und Raufoss ASA zur Nammo Group zusammenzuschließen. Eine Privatisierung fand dabei nicht statt, da der norwegische Staat, vertreten durch das Ministerium für Handel und Industrie, als zum damaligen Zeit-

punkt größter Einzelaktionär 45% der Anteile behielt. Die finnische Patria Oyj (an der EADS zu 26,8 % beteiligt ist, der finnische Staat jedoch zu 73,2 %) behielt 27,5% der Anteile und der schwedische Saab-Konzern schließlich, an dem der britische Rüstungskonzern BAE Systems beteiligt ist, behielt ebenfalls 27,5%. Auch nachdem Saab, mit Wirkung zum 3.2.2006, seine Anteile veräußert hat, bleibt die Situation im Prinzip unverändert, da Norwegen und Finnland von einem Vorkaufsrecht Gebrauch machten, und ihre jeweiligen Anteile vergrößerten. Der staatliche Einfluss bzw. die staatliche Verantwortung hat sich durch diesen Ausstieg also sogar noch vergrößert, denn heute sind Norwegen und Finnland, vertreten durch die Patria Industries Oyj, zu gleichen Teilen an der Nammo Group beteiligt.

Wie bei Rüstungsunternehmen üblich spielt der Heimatmarkt – und das bedeutet in diesem Fall eben der skandinavische Markt –, auch bei der Nammo Group eine wichtige Rolle: Rund 46% des Umsatzes wurden 2006 dort erzielt. Das bedeutet aber auch, das die Nammo Group rund

54% ihres Umsatzes im Ausland erwirtschaftet hat. Möglich ist dies durch ein Netz von Tochtergesellschaften und ein umfangreiches Lieferantennetz, das in den vergangenen Jahren geschaffen wurde.

So ist die Nammo Group natürlich auch auf dem deutschen Markt vertreten. Auf direktem Wege durch die Nammo Deutschland GmbH und indirekt durch eine Geschäftsvereinbarung mit dem schweizerischen Munitionshersteller RUAG Ammotec (vgl. Kleinwaffen-Newsletter 5/2007). Die Nammo Group steht damit beispielhaft für eine Unternehmensstrategie, die – aus einem mit

staatlicher Unterstützung restrukturierten heimischen Markt heraus – vom im Entstehen begriffenen europäischen Rüstungsmarkt zu profitieren sucht. Wachstumsraten von rund 30% im Bereich für kleinkalibrige Munition (Geschäftsjahr 2006) lassen darauf schließen, dass diese Strategie nicht ohne Erfolg betrieben wird. Stellt man in Rechnung, dass die Nammo Group derzeit der größte Produzent von Munition in dem zukunftssträchtigen Kaliber 6,5 mm ist (vgl. Newsletter 6/2007), so wird das Zerstörungspotential deutlich, das von dieser Gruppe in Zukunft noch ausgehen kann.

7. Deutsches Neonazis rüsten auf?

Was machen deutsche Neonazis in der Schweiz? – Die Frage könnte sich stellen, wäre sie nicht so leicht zu beantworten: Sie profitieren vom verhältnismäßig liberalen schweizerischen Waffenrecht und schießen dort mit Sturmgewehren. (vgl. die Meldung vom 17.8.2007 von Junge Welt: <http://www.jungewelt.de/2007/08-17/040.php>)

Und womit verdienen sie ihr Geld? – Mit dem Verkauf von ausgemusterten Ausrüstungsgegenständen (wie Helmen und schuss sicheren Westen) aus den Beständen von Bundeswehr und Polizei (vgl. die Meldung vom 2.7.2007 des „Spiegel“:

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,491842,00.html>).

Neu ist diese Entwicklung nicht. Bereits 1997 ist diskutiert worden, ob der Verkauf von Bundeswehr-Ausrüstung an das „Gemeinschaftswerk“ des bekannten Neonazis und Holocaust-Leugners Manfred Roeder gerechtfertigt gewesen sei (vgl. TAZ vom 9.12.1997). Beantwortet hat das Verteidigungsministerium diese Frage damals nicht und so ist es eigentlich nur konsequent, wenn auch weiterhin Material an Neonazis abgegeben wird.

Der Kameradschaftsszene zuzurechnende Neonazis sind damals wie heute die Agierenden. Und das macht die Sache heute so besorgniserregend, denn diese Szene erlebt gerade eine Neustrukturierung und Neupositionierung: Während dieses Feld bisher eher zersplittert wirkte, sind laut Angaben verschiedener Landesverfassungsschutzbehörden (Baden-Württemberg, Brandenburg, Sachsen, Hessen) in den letzten Jahren

Sammlungsbemühungen rund um die NPD zu beobachten gewesen, die immer wieder zu Erfolgen führten. Was aber bedeutet es, wenn gewaltbereite Neonazis sich zunehmend vernetzen und gleichzeitig am Erwerb von militärischer Technik interessiert zu sein scheinen? – Diese Frage ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt kaum abzusehen.

Was gesagt werden kann, ist, dass auch aus dieser Perspektive die Idee von Bundesinnenminister Schäuble, das Waffenrecht zu reformieren und in diesem Rahmen den legalen Erwerb von Schusswaffen künftig 18-Jährigen wieder zu ermöglichen, kaum sinnvoll erscheint.

Viel eher diskutiert werden sollte, ob die bestehenden Regelungsbemühungen des Waffenrechts genügen. Dort wird zwar bestimmt, dass jemand, der eine Waffe erwerben möchte, seine Zuverlässigkeit (vgl. § 5 WaffG) und persönliche Eignung (vgl. § 6 WaffG) nachweisen muss. Doch bisher werden Anträge für den Erwerb von Schusswaffen auf kommunaler Ebene von den Ordnungsämtern bearbeitet und entschieden. Ob dort immer die nötige Sorgfalt darauf verwandt werden, kann die Hintergründe eines Antragsstellers zu prüfen, darf in Zeiten knapper Kassen und begrenzten Personals bezweifelt werden.

Bemühungen das Waffenrecht zu revidieren, sollten also nicht von vornherein abgelehnt werden, sollten sie an der richtigen Stelle ansetzen und das Prüfungsverfahren für Anträge auf den Erwerb von Schusswaffen modifiziert werden.

Impressum & Kontakt

DAKS-Koordination
c/o RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.)
Postfach 5261, 79019 Freiburg

Tel. 0761-7678088
E-Mail: rib.freiburg@gmx.de
Web: www.rib-ev.de/daks

Mitglied im DAKS sind:

- ▶ AG Rüstungsexporte im Netzwerk Friedenskooperative, Bonn
- ▶ attac-Ortsgruppen
- ▶ BUKO-Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport!“, Bremen
- ▶ Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Frankfurt
- ▶ Friedensinitiative Nottuln
- ▶ IPPNW Stuttgart
- ▶ Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben (ORL), Stuttgart
- ▶ Netzwerk Afrika Deutschland, Bonn
- ▶ pax christi – deutsche Sektion, Bad Vilbel
- ▶ pax christi – Bistumsstelle Rottenburg/Stuttgart
- ▶ RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.), Freiburg
- ▶ WORLD VISION Deutschland e.V., Friedrichsdorf
- ▶ ... sowie weitere Gruppen aus dem Friedensbewegungs-, kirchlichen und entwicklungspolitischen Zusammenhang.

Hinweis: DAKS und die Sponsoren des Newsletters übernehmen für die Inhalte und die Sicherheit der in diesem Newsletter aufgeführten Internetadressen keinerlei Haftung. Verantwortlich i.S.d.P.: Fabian Sieber.

Förderer des Kleinwaffen-Newsletters sind der DAKS-Fonds „Gerechtigkeit für Kleinwaffenopfer“ (angesiedelt beim RüstungsInformationsBüro RIB e.V.) und



Friedenszentrum
Braunschweig

